

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

5.6.1924 (No. 131)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
H. v. S.
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,80 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenmaß. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, bei als Kassenzahlung, bei als Kassenrabatt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abrechnung sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wäschebrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Das Regierungsprogramm des Kabinetts

Es hieß Kritik um der Kritik willen treiben, wenn man an der Erklärung, mit welcher gestern der Reichsfanzler sich und sein Kabinett dem neugewählten Reichstag vorgestellt hat, herumergeln wollte. Denn diese Erklärung ist so geschickt und überzeugend abgefaßt, daß sie wirklich nur der Böswilligkeit Anlaß zu Ausstellungen geben kann. Und wir sind überzeugt, daß auch das Ausland von dem Inhalt dieser programmatischen Erklärung mit Genugtuung Kenntnis nehmen wird. Ebenfalls hoffen wir aber auch, daß die große Mehrheit unseres Volkes, ohne auf die Agitation extremer politischer Parteien zu achten, die Richtigkeit und Nützlichkeit ihres Wortlauts einsehen wird. Es ist im Interesse unseres ganzen Volkes dringend zu wünschen, daß sich eine starke Mehrheit entschlossen und mitarbeitensfreudig hinter die Reichsregierung und ihr außenpolitisches Programm stellt.

Vielleicht darf damit gerechnet werden, daß auch ein Teil der Deutschnationalen dem Kabinett auf seinem Wege folgen oder doch von Handlungen abraten wird, die die Reichsregierung lähmen. Nicht nur der deutschnationale mecklenburgische Ministerpräsident ist f. B. dem Loben der Deutschnationalen zum Trotz bei seiner Meinung geblieben, daß der Sachverständigenbericht eine geeignete Grundlage für die Regelung der Reparationsfrage sei, sondern auch der neugewählte württembergische Staatspräsident, der deutschnationale Abgeordnete Bazzille, hat sich dieser Lage im Landtag im Namen der württembergischen Regierung für den Sachverständigenbericht ausgesprochen. Gleichzeitig hat er übrigens versichert, daß die von ihm repräsentierte württembergische Regierung für die Erhaltung der Verfassung und für ihren Schutz gegen etwaige Angriffe nach wie vor eintreten werde. Man sieht also, daß es führende deutschnationale Persönlichkeiten genug gibt, die die Not der Stunde richtig erkennen und dem Reiche geben, was des Reiches ist, gleichzeitig aber auch, sofern sie verantwortliche Regierungsmänner beziehen, alle die Verpflichtungen der Verfassung übernehmen, die sich nun einmal für jeden rechtlich denkenden Menschen von selbst verstehen.

Die Erklärung des Reichsfanzlers enthält ein neues Bekenntnis zum Sachverständigengutachten in seiner Gesamtheit. Die Reichsregierung wird die Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens — Vorarbeiten, die auch in den letzten Wochen keineswegs geruht haben — beschleunigen, um schnell praktische Ergebnisse zu schaffen. In Kraft treten sollen die vom Reichstag zu erledigenden Gesetzentwürfe natürlich erst, wenn festgestellt, daß auch die Gegenseite das Gutachten als unteilbares Ganzes akzeptiert und die dementsprechenden Maßnahmen trifft. Sehr richtig hat der Reichsfanzler betont, daß die ungeheueren Opfer für das deutsche Volk nur zu ertragen sind, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat ungeörter Arbeit sich hinzugeben. Den vielen Tausenden Vertriebenen und ihrer Heimat Beraubter die Heimat wiederzugeben, ist ein unerlässliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann. Es ist auch nur folgerichtig und unerlässlich, daß die vertragliche Basis überall wiederhergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Versailler Vertrages besetzten linksrheinischen Gebietes, als auch bezüglich der über diesen Vertrag hinaus besetzten Gebiete. Das wird in sich schließen, daß im besetzten Gebiet das Rheinlandabkommen wiederhergestellt und loyal gehandhabt wird, und die darüber hinaus besetzten Gebiete wieder geräumt werden.

Die Rede des Reichsfanzlers schloß mit einem in dieser Stunde wahrlich dringend zu beherzigenden Aufruf zur Einigkeit. Die langsam einsetzende Gesundung Deutschlands darf nicht durch Uneinigkeit wieder zerstört werden. Wir würden eine schwere geschichtliche Schuld auf uns laden, wenn wir den Untergang des Reiches dadurch herbeiführen, daß wir im entscheidenden Augenblick nicht nationale Disziplin zu wahren wissen. Es geht um deutsche Brüder, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung aus höchster Not!

Zum französischen Kammerpräsidenten ist Rainald mit 206 Stimmen gewählt worden. Kriegsminister Maginot erhielt 200 Stimmen.

Mit einer Beilage: 14. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutscher Reichstag

Die Freilassung kommunistischer Abgeordneter abgelehnt

In der Vormittagsitzung am Mittwoch wurde ein Schreiben verlesen, in welchem der am Dienstag ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete formellen Einspruch gegen seinen Ausschluss erhob. In einfacher Abstimmung wird der Einspruch abgelehnt. (Von den Kommunisten formulierte einige Schmähsprüche.) Abg. Schalem (Komm.) protestiert dagegen, daß eine ganze Hundertschaft Schupo trugsbewaffnet im Reichstagsgebäude untergebracht sei (Beifall rechts), offenbar um nach dem Rezept von Obenbunz-Jamuschau die Opposition aus dem Reichstag zu verjagen. Mit der Schupo ist ein ganzes Heer von Spiegeln in den Reichstag eingebracht, darunter viele Galgengesichter (Starkes minutenlanges Gelächter bei der Mehrheit; viele Abgeordnete der Rechten weisen mit Fingern auf den Redner). Der Reichstag, dieses Schandparlament, wird durch die polizeiliche Besetzung noch weiter geschändet (Beifall bei den Kommunisten, Gelächter rechts). — Präsident Wallraf ruft den Abg. Schalem wegen des Ausdrucks „Schandparlament“ zur Ordnung.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten, auf der als einziger Punkt die Fortsetzung der Beratung der Entlassungsanträge steht.

Abg. Koenen (Komm.) wendet sich zunächst gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Ablehnung des Einspruchs von Kimmle. Für die von den Deutschnationalen und Deutschnationalen begangenen und geplanten Morde hat man diese Parteien niemals verantwortlich gemacht. Das wird aber immer getan, wenn es sich um Kommunisten handelt.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) widerspricht dem Vorwurf, daß die Mehrheit des Geschäftsausschusses mit zweierlei Maß messe oder eine kommunistische Partei treiben wolle. In keiner Weise bestehe im Zentrum die Absicht, die kommunistische Fraktion im Reichstag durch eine Rechtsbeugung aktionsunfähig zu machen. Das wäre auch politisch nicht klug.

Abg. Bobauf (Dem.) erklärt hierauf ebenfalls sich für den Ausschlußantrag und gegen die Entlassung.

Abg. Penning (NS.) polemisiert in heftigen Angriffen gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten. Recht müsse recht bleiben. Man wolle selbst wie die Linke 1918 Verrat getrieben hatte, solle mit dem Wort Verrat recht vor sich umgehen. (Stürmische Unterbrechung links, Zustimmung rechts.) Wir vertreten den nationalen Arbeiter, der von der elenden jüdischen Moskowitzi nichts wissen will. (Abg. Thalmann R.) ruft: Schuft, Schandkerl und erbittet einen Ordnungsruf. Der Redner erklärt zum Schluß, das deutsche Volk wird sich jetzt entscheiden müssen zwischen Vaterland und Sowjetstern. Die Wahl wird ihm wohl nicht schwer werden. Notwendig sei uns eine wörtliche Diktatur. (Beifall und Heilrufe bei den Nationalsoz.)

Abg. Dr. Reuh (Soz.) beschäftigt sich mit Ludendorff und behauptet, dieser habe vor Gericht gelogen wie ein erwachsener Schuldb. (Lebhafte Heulrufe rechts.) Ludendorff habe in München im November 1923 aus Angst auf dem Bauch gelegen. (Großer Lärm bei den Nationalsozialisten und Rufe: Schuft, unverschämte Lügner. — Vizepräsident Nieber ruft die Zusage zur Ordnung.) Wenn die Kommunisten sich mit Bomben und Sprengpulver befassen, so haben sie es von den Deutschnationalen gelernt. (Lärm bei den NS.) Der Redner erinnerte an den Erzberger- und Rathenau-Mord und an das Attentat auf Scheidemann (Andauernde starke Unterbrechung bei den NS.).

Abg. Thälmann (Komm.) erklärt, es wäre ein Frevel, wenn die Kommunisten auf den bewaffneten Zustand verzichten wollten (Lebhafte Heulrufe). Jedes Bewehr in der Hand eines Arbeiters bedeutet einen weiteren Schritt zur Freiheit (Erneutes Heulrufe). Die kommunistische Partei lasse sich durch keinerlei Verbot einschüchtern. Der Redner teilt mit, daß die Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung in Hindenburg (Oberschlesien) jetzt die Mehrheit hätten und bereits beantragt hätten, die Stadt umzutausen und Benningrad zu nennen. Dort sei jetzt ein revolutionärer Kanal (Sändekanal) bei den Kommunisten.

Abg. Dr. Kahl (DVP.) übt schärfste Kritik an diesem Brand- und Revolutionsreden und erweist damit lobenden Widerspruch bei den Kommunisten.

Abg. Dittmann (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion trotz der kommunistischen Reden für die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten stimmen werde. Die Anklagen des letzten kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie seien erfunden und erlogen (Lobender Lärm der Kommunisten).

Damit schließt die Aussprache. — Es folgen persönliche Bemerkungen, bei denen es wieder zu stürmischen Szenen kommt und wobei die kommunistischen und nationalsozialistischen Gruppen einander anschnitten.

Der Reichstag beschließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Freilassung der kommunistischen Abg. Linnau und Pfeiffer abzulehnen, ebenso die Freilassung des kommunistischen Abg. Schacht, dessen Fall aber weiter geprüft werden soll.

Damit schließt um 4 Uhr die erste Sitzung.

Die Erklärung der Reichsregierung

Die zweite Sitzung begann kurz nach 5 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Auch die Diplomatenloge weist nur wenig Lücken auf.

Bevor der Reichsfanzler zu sprechen beginnt, setzt bei den Kommunisten ohrenbetäubender Lärm ein, aus dem die Worte: „Amnestie, heraus mit den politischen Gefangenen!“

herausstöhnen. Der Reichsfanzler dringt jedoch bald mit kräftiger Stimme durch und führt u. a. aus:

Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre dem neugewählten Reichstag die Reichsregierung vorzustellen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die auch bei dieser Kabinettsbildung die bewältigenden Schwierigkeiten sind Ihnen bekannt. Ihren tiefsten Grund haben sie in der ersten und bedrängten außenpolitischen Lage des Reiches. Es ist darum verständlich, daß nach den langen vergeblichen Bemühungen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen der Meinungsstreit über den einzuschlagenden Weg bewegter und heftiger ausgetragen wird als die Einmütigkeit über das zu erreichende Ziel der Befreiung Deutschlands es zu rechtfertigen scheint. Seit Jahren geht das deutsche Volk unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse. Im besonderen Maße ist das jetzt der Fall, da die beherrschende Frage der großen internationalen Politik die Stellungnahme der beteiligten Völker zum Gutachten der Sachverständigen über das Reparationsproblem ist. Nach der Überzeugung der Reichsregierung ist das für Deutschland die Lebensfrage.

Die Lage unserer Wirtschaft ist trotzlos, wenn nicht gar verzweifelt. (Sehr richtig!) Die Skener unseres Wirtschaftslebens sind darin einzig, daß in allerletzter Frist eine Entspannung auf dem Gebiete der Geldknappheit erfolgen muß, wenn nicht die ganze Wirtschaft erliegen soll. Einen Ausblick aus der schon zu lange dauernden schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland durchlebt, sah die Reichsregierung in dem Gutachten, das eine Reihe namhafter ausländischer Sachverständiger der Reparationskommission erfaßt hat. Sie hat deshalb durch ihre Note vom 17. April die Anfrage der Reparationskommission dahin beantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblickt, und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. (Widerpruch bei den Völkischen und Kommunisten).

Im Einklang mit dieser Erklärung wird die jetzige Reichsregierung die bereits in Gang befindlichen und, wie ich ausdrücklich bemerken möchte, durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Die Organisationskomitees für die Goldbank, für die Reichsbahn und für die Industrieobligationen haben ihre Arbeit bereits begonnen. (Beifall des Völk. und Komm.) Es wird Aufgabe dieser Komitees sein, die in dem Sachverständigengutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten, sowie textliche Widersprüche aufzuklären. Es müssen dabei die Befugnisse der Kommissare völlig klar gestellt und abgegrenzt werden. (Kommunistische Zurufe: Sie sind Nazi!) Insbesondere müssen auch die Zweifel beseitigt werden, die hinsichtlich der deutschen Mehrheit in dem Verwaltungsrat der Reichsbahn vorhanden sind. Wenn die Arbeiten dieser Komitee zu einer Einigung geführt haben, wird die Reichsregierung alsbald die für die Regelung dieser drei Materien notwendigen Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Ferner müssen auch die Fragen, die mit der Inanspruchnahme der Zölle und Verbrauchsabgaben im Zusammenhang stehen mit der Gegenseite erörtert u. die Befugnisse der Kommissare dafür klar gestellt werden. (Zurufe der Kommunisten, u. a. ruft ein Kommunist: Neuer Wucher!)

Ich möchte nicht für mich, sondern im Interesse der Sache an Sie (zu den Kommunisten) die Bitte richten, in diesem Augenblick, wo das ganze Ausland auf uns sieht den deutschen Namen und die deutsche Ehre zu berücksichtigen. (Lebhafte Bravo-Rufe.) Präsident Wallraf bemerkt den Kommunisten gegenüber, daß diese ja nachher ausgiebig Gelegenheit hätten, ihre Ansichten darzulegen, sie sollten deshalb den Reichsfanzler sprechen lassen). Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung ist bereit, alles was an ihr liegt zu tun, um die in Angriff genommenen Vorarbeiten zu beschleunigen und das Sachverständigengutachten in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit des Reichstags. Die von unserer Seite zu erlassenden Gesetzentwürfe und Beratungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß auch die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes und unverändert annimmt und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenseite gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind um die deutsche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands und seiner Verwaltungshoheit müssen gleichzeitig wiederhergestellt werden, weil andernfalls die Leistungen die in dem Gutachten verlangt werden, nicht aufgebracht werden können. Die innere Bereitschaft die für die Steigerung der Produktivität und die Übernahme so schwerer Lasten nötig ist, kann nicht geschaffen werden, solange das traurige Schicksal vieler Tausender vertriebener und ihrer Freiheit beraubter Deutschen die Nation ständig beunruhigt. Wenn Freiheit und Heimat wiederzugeben, ist ein unerlässliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann. (Lebhafte Beifall).

Wenn so das Gutachten in dem Geiste ehrlicher Verständigung, in dem es entstanden ist, als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt wird, werden wir wieder auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen. Es ist nur folgerichtig und unerlässlich, daß dann die vertragliche Basis überall wiederhergestellt wird sowohl bezüglich des auf Grund des Vertrages von Versailles besetzten linksrheinischen Gebietes, als auch bezüglich der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete. Das wird in sich schließen, daß in dem besetzten Gebiet das Rheinlandabkommen wiederhergestellt, loyal gehandhabt wird, und daß die über den Vertrag hinaus besetzten Gebiete geräumt werden. (Lebhafte Zustimmung)

im Hause.) Die Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit für die gerechte Lösung dieser Fragen einsetzen. Die Sachverständigen haben diese Fragen bewußt nur deshalb offen gelassen, weil ihre Lösung über ihren Aufgabekreis hinausging, aber sie haben selbst ganz klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen unmittelbar gelöst werden müssen. Die Reichsregierung sieht darin eine ihrer vornehmsten und dringendsten Aufgaben.

Nach der Überzeugung der Reichsregierung müssen vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reiches wie für die Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik alle innerpolitischen Fragen, mögen sie auch noch so wichtig erscheinen, vorerst zurücktreten (Widerstand bei den Kommunisten, lebhaftige Zustimmung im übrigen Hause). In voller Absicht unterlassen wir es deshalb, in der gegenwärtigen Stunde auf die Fragen der inneren Politik einzugehen (Widerstand bei den Kommunisten).

Angeht die bergweilenden wirtschaftlichen Notlage, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, beschwört die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die in den letzten Monaten langsam, wenn auch unter Hieb- und zerschenden Kampf nicht wieder zu zerschenden Weisheit im ganzen Hause mit Ausnahme der Kommunisten). Wer wird noch Hilfe bringen können, wenn Deutschland noch ein zweites Mal so dicht in den Abgrund kommen sollte, wie im November des Vorjahres! (Sehr richtig!). In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den eingeleiteten Gesundungsprozess (Zwangsweise bei den Kommunisten: Gesundungsprozess?) durchzuführen und die deutsche Wirtschaft zu retten. Das Ausland muß sehen, daß das deutsche Volk entschlossen den sich bietenden Weg in die Freiheit gehen will, das Ausland aber muß endlich auch den Beweis erbringen, daß es zu ehrlicher Verständigung bereit ist (Sehr wahr! bei den Mittelparteien). Es geht um Deutschlands Rettung in letzter höchster Not! Das Rheinland und unsere bedrängten Randgebiete an der Ruhr sehen erwartungsvoll auf Sie, meine Damen und Herren, und verlangen von Ihnen, daß Sie ihnen schnelle Hilfe und Rettung bringen (Lebhafte Weisheit bei den Mittelparteien, langanhaltender Lärm bei den Kommunisten, die Ruhe und Gegenrufe zwischen rechts und links hervorrufen. Rufe aus der Mitte: Kriegsschuldfrage! Rufe bei den Kommunisten: Wo bleibt die Amnestie?).

Schluß der Sitzung 16 Uhr. Donnerstag vormittag 10 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung.

Die gestern von Reichstanzler Dr. Marx abgegebene Regierungserklärung findet die uneingeschränkte Zustimmung der Presse, der Mittelparteien und der Sozialdemokraten. Abgelehnt wird die Regierungserklärung in Wausch u. Wogen auch nicht von der deutschnationalen „Deutschen Tageszeitung“, die nur in einzelnen Punkten eine Kritik an den Ausführungen des Kanzlers übt. So wendet sich das Blatt gegen die uneingeschränkte Annahme des Sachverständigengutachtens. — Auch die „Deutsche Allg. Ztg.“ erklärt die Stellungnahme der Regierung zum Dawesbericht für grundsätzlich richtig. Die deutsche Wirtschaftslage sei unbestreitbar trotzlos.

Politische Neuigkeiten

Die Regierungsbildung in Bayern

Die Führer der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei und des Bauernbundes hatten interaktionelle Besprechungen über die Frage der Regierungsbildung. Der Landesausführer des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes bejahte die Aufgabe der Bayerischen Volkspartei, ob der Bund bereit sei, an der Koalition teilzunehmen. Unter den Bedingungen, die der Bauern- und Mittelstandsbund für seine Zulassung gestellt hat, ist die wichtigste, daß das Landwirtschaftsministerium dem Bauern- und Mittelstandsbund zugesprochen werde.

Amerika zur Lösung der deutschen Kabinettskrise

Dem Kongress nahestehende offiziöse Kreise zeigen eine gewisse Erleichterung darüber, daß die deutsche Regierungskrise nun durch die Wiederkehr des Kabinetts Marx gelöst ist. Man betrachtet dies als gutes Anzeichen für eine Besserung der internationalen Beziehungen Deutschlands, jedoch hängen die Aussichten für die Anleihe davon ab, ob sich das zweite Kabinett Marx auch lange gegen die nationalistischen Angriffe wird behaupten können.

Verriets' Erklärungen dagegen haben hier große Enttäuschung hervorgerufen, da man stark den Eindruck gewinnt, daß er nur eine schmeichelnde Sprache geführt habe, um doch die Ruhepolitik auf der Basis Poincaré's fortzuführen.

Kadisches Landestheater

Richard Strauß-Festwoche

(III. Tag.)

Die Aufführung der „Ariadne auf Naxos“ war vorbildlich. Dank der kommenden Theaterabende der Festwoche gleiches Niveau, so haben wir bei diesem Strauß-Fest in der Tat eine Reihe glänzender Vorstellungen zu erwarten. Vorbildlich war die Wiedergabe in erster Linie, weil Richard Strauß, dem dieses prachtvolle Werk selbst sehr am Herzen zu liegen scheint, durchaus auf Stilleinheit hielt und dem Ensemble mit fester Hand seinen souveränen Willen aufzuzwingen. Das ist aber gerade bei dieser aus so verschiedener Substanz zusammengesetzten Oper von größter Wichtigkeit, und nur durch solche scharf pointierte Darstellung gewinnt sie wirkliches Leben. Vorab ist dann die Leistung des hochwertigen Kammerorchesters hervorzuheben, das seine reichlich mit Virtuosen-Mannier durchsetzte Aufgabe glänzend löste und die vielen Feinheiten der Partitur zu vollendeter Ausprägung brachte.

Die Bühne stand ebenfalls unter glühendem Antrieb. Wohl selten hört man schon im Vorpiel so scharf gemeißelte Mythos- und klare Textbehandlung. Auch die Disziplin des Zusammenspiels war gegenüber früheren Vorstellungen merkwürdig gefestigt. In der eigentlichen Oper teilten sich vor allem S. Tracema Brügelmann (Ariadne) und Marie von Ernst (Zerbinetta) in den mächtig einwirkenden Applaus. Die Koloraturen hatte mit ihrer berühmten Arie, die sie mit vollblütiger Musikalität erzählte, einen starken Sondererfolg. Der Bachus W. Rentwig ist zwar auch jetzt noch nicht der „göttliche Knabe“, den man sich idealer Weise vorstellt, auch dürften ihm einige Stufen des stimmlichen und mimischen Ausdrucks mehr zur Verfügung stehen, um seine Zugehörigkeit zu einer anderen Welt überzeugend zu demonstrieren. Die Damen des Terzettes gaben sich diesmal sichtlich Mühe, tonrein zu singen, was ihnen auch bis auf kleine Schwächen gelang. Das ironisch-heitere Gegenbild der Lustmisseter wollte sich anfänglich dem mäßigen Tempo, das Strauß hier bevorzugte, während er umgekehrt in den Ariadnegesängen einigemale beschleunigte, nicht fügen; doch blieben nach kurzem Erkennen die Herren R. Weirauch, G. Baffard, A. Grah und

Ein großer Aktenwert der deutschen Regierung. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Drucklegung der dritten Reihe des großen Aktenmaterials des Deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der Europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges, das der Öffentlichkeit übergeben wird, jetzt beendet. Die dritte Reihe umfaßt 6 Bände in acht selbständig gebundenen Teilen. Die Bände werden nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin in zwei Abteilungen am 18. und am 30. Juni an den Buchhandel ausgeliefert werden. Das gesamte Aktenwerk, das bekanntlich den Titel „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ führt, wird, wie jetzt feststeht, einen Umfang von 30 Bänden (zirka 88 gebundenen Einheiten) haben und fünf große Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts umfaßt.

Hauptversammlungen des Vereins bad. Bürgermeister und des Verbandes bad. Gemeinden

Am Samstag, den 24. Mai 1924 fand in Ringolsheim bei Bruchsal die Hauptversammlung des Vereins bad. Bürgermeister und am Sonntag, den 25. Mai jene des Verbandes bad. Gemeinden statt. Die Tagungen waren von ca. 600 Bürgermeistern und Gemeindevorstehern besucht, nahmen durchweg einen sachlichen Verlauf und bewegten sich überhaupt auf einer sehr erfreulichen Höhe. Den Vorsitz führten am Samstag Bürgermeister Koch-Ladenburg und am Sonntag abwechselungsweise Altbürgermeister Julius Ringolsheim und Bürgermeister Wengels-Gernsbach.

Anwesend waren u. a.: Minister des Innern Remmel, Ministerialrat Weigel, Landeskommissar Gräber-Karlsruhe, Oberamtmann Hofmann-Bruchsal, Oberregierungsrat Schopf u. Alt-Min., Oberregierungsrat Dr. Siefert u. Jülich-Min., Oberbürgermeister Dr. Meißner-Bruchsal für den Bad. Städteverband, Bürgermeister Dr. Wils-Biesloch für den Bad. Städtebund, Verbandsdirektor Weiler-Karlsruhe für den Zentralverband der Gemeindevorstände, Grumbudamtsrat Berjon-Durlach vom Bad. Ratkreierverein, Stadtrechner Allan-Gengenbach vom Verband bad. Gemeindevorstände, Forstamtmann Eickels vom Bad. Waldbesitzerverband, Syndikus Dr. Schneider vom Wassertragen- und Energiewirtschaftsverband, Mannheim, sowie eine Anzahl Landtagsabgeordnete.

In der Bürgermeister-Hauptversammlung am Samstag wurden in der Hauptfache Ständesfragen erörtert, insbesondere die Befolgung, das neue Fürsorgegesetz und das Besoldungspergesetz, das in allen Kreisen der Bürgermeister und der Gemeindevorstände großen Unwillen hervorgerufen hat. Es wurde deshalb folgende Entschiedenheit gefaßt:

„Die Hauptversammlung des Vereins bad. Bürgermeister verlangt die sofortige Aufhebung des Besoldungspergesetzes, nachdem das Reich keine Zuschüsse mehr gewährt und erucht die Landesregierung entsprechende Schritte zu unternehmen.“

Die Hauptversammlung des Verbandes bad. Gemeinden behandelte dagegen eine Reihe von Fragen, welche die Allgemeinheit in hohem Maße interessieren, vor allem die Steuern und Gemeindefinanzen, die Kapitalbeschaffung, das Wohnungsgesetz, die Bezirksfürsorgeverbände, die kommende Verwaltungsreform, die Änderung der Grundbuchorganisation, die Aufhebung der Bezirksamter, der Steuerinnehmereien und der Postagenturen, den Schulbau, die Elektrizitätsversorgung, die Streunung, das Versicherungswesen der Gemeinden usw.

Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattete Bürgermeister Wengels-Gernsbach mit großer Gewandtheit und Sachkenntnis, während die einzelnen Gebiete durch besondere Referenten behandelt wurden und zwar das Steuer- und Finanzwesen durch Bürgermeister Behrer-Friedrichsfeld, das Wohnungswesen durch Bürgermeister Ritter-Nothbach usw. Die Tagesordnungspunkte lösten naturgemäß eine eingehende Diskussion aus, wobei alle Redner sich einer musterhaften Sachlichkeit befleißigten und eine erfreuliche Höhe politischer Reife aufwiesen. Die Entschlüsse, welche die Hauptversammlung gefaßt hat, lassen wir der Bedeutung wegen hier folgen:

Steuern und Gemeindefinanzen

1. Die Hauptversammlung hält in den wesentlichen Punkten an ihren bisherigen finanzpolitischen Vorstellungen fest und beantragt demgemäß:

1. Rückübertragung der vollen Steuerhoheit auf dem Gebiet der Einkommenbesteuerung an die Gemeinden.

2. Bis dahin Beteiligung des Staates und der Gesamtheit der Gemeinden mit je 50 Proz. an dem Landessteil.

E. Kalbach der gesanglichen und darstellerischen Ausgestaltung nichts schuldig. Die Inszenierung ebenfalls nachträgliche Verbesserungen erfahren, so daß es geboten ist, auch Carl Stang (Regie) und Emil Burtard ein Wort der Anerkennung auszusprechen. Nach der, wie ich schon hervorhob, stilvoll disponierten, selten klar und differenziert ausgearbeiteten sowie von starker Vitalität erfüllten Aufführung wollten die Beifallsstürme kein Ende nehmen. Richard Strauß und die Solisten mußten sich unzählige Male dem beinahe ausverkauften Hause zeigen.

Dr. Richard Strauß war zum letzten Mal im Jahre 1913 in Karlsruhe am Kad. Landestheater zu Gast. Er dirigierte damals in der Zeit vom 9.—13. November den Rosenkavalier, die Ariadne, ein Konzert und die Elektra. Dagegen hat er Salome und Josephslegende, die bei dem Festspiel unter seiner Leitung erschienen, bisher in Karlsruhe noch nicht dirigiert.

An Stelle der „Josephslegende“ am Freitag, 6. Juni vorangehenden sinsonischen Dichtung „Tod und Verklärung“ wird vielfachen Wünschen des Publikums entsprechend die beim Festkonzert mit so großem Beifall aufgenommene Couperin-Tanz-Suite vor der Josephslegende unter Leitung des Komponisten noch einmal zu Gehör gebracht werden. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr (nicht wie im Festbuch angegeben 7 1/2 Uhr).

In der Aufführung der „Elektra“, die zum Beschluß der Richard Strauß-Festwoche am kommenden Samstag, den 7. Juni unter musikalischer Leitung des Operndirektors Freix Corolegis und in der Regieunterstützung des Oberregisseurs Carl Stang stattfinden gehen wird, singt Frau Deby Tracema-Brügelmann erstmalig die Titelpartie. Die Partie der Chrysothemis singt Fräulein Marie Franz vom Stadttheater Kaiserlautern als Gast, die wie erinnerlich, nach ihrem großen Erfolg als Elsa von der kommenden Spielzeit als als jugendlich-dramatische Sängerin dem Kadischen Landestheater verpflichtet wurde. In den übrigen wesentlichen Partien sind beschäftigt die Herren Walbe, Büttner, Kalbach, Gröbinger I, Meyer und die Damen Bauer, Beer-Gast, Wurl, Färber-Strasser, Goldau, Gendel, Ruf, Stechert und Bösch. Beginn der Vorstellung sieben Uhr.

3. Unterverteilung unter die Gemeinden hälftig nach Maßgabe des Bedarfs (Gemeindefürsorge) und hälftig nach dem örtlichen Einkommen.

4. Entschädigung durch den gegenwärtigen ungerechten Verteilungsschlüssel geschädigten Gemeinden durch entsprechende Zuweisung aus dem Lastenausgleichsfond.

5. Entsprechende Beteiligung der Gemeinden an dem Ertrag der Umsatzsteuer auch über das Jahr 1924 hinaus und Neuverteilung der Untererteile.

6. Wiedereinführung der Grundsteuerverzinsungsteuer.

7. Wiederanlegung der Grund- und Gewerbesteuer durch örtliche Schatzungsräte zwecks Beschleunigung der Veranlagungsgeschäfte, sowie Unterlassung der übermäßigen Anspannung dieser Steuer durch den Staat.

8. Überlassung der Gebäudebesondersteuer zu 1/4 des Ertrags an die Gemeinden und Ablieferung des Staatsanteils durch dieselben nach Maßgabe der eingehenden Beträge.

9. Zuteilung der Kraftfahrzeugsteuer an die Straßenunterhaltungskosten öffentlich-rechtlicher Verbände und Verringerung der Fahrgeschwindigkeit in den Ortschaften.

10. Geschickliche Regelung der während der Geldentwertungsperiode vereinbarten Jagd- und Fischereipachtzinsen auf der Grundlage der Vorkriegserlöse als Mindestsätze.

11. Die Behandlung der Gemeinden mit nicht vollbeschäftigten Beamten durch das Reichsfinanzministerium bei Auslegung der Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes über die Reichszuschüsse zur Befolgung der Gemeindebeamten wird aufs schärfste mißbilligt. Für die Zukunft vermahnt sich die Hauptversammlung entschieden gegen die Wiederholung einer derartigen Schädigung und Zurücklegung.

Wohnungswesen

Solange der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft nicht möglich ist, werden die im Verordnungswege vorgehenden Maßnahmen der Regierung in Bezug auf die Wohnungsfürsorge gebilligt. Da aber bei der großen Geldnot der Anteil an der Gebäudesondersteuer und die durch die Aufwertung früher gegebener Baudarlehen eingehenden Gelder nicht ausreichen, um die Neubautätigkeit in genügender Weise in Gang zu setzen, wird die Regierung erucht, entsprechende Mittel als Zuschuß und mäßig verzinsliche Darlehen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere wird auch gebeten, die Wohnungsnot auf dem Lande zu berücksichtigen. Von dem Verlangen, daß im allgemeinen für jede Wohnung ein Gartengelände von 200 Quadratmeter zur Verfügung gestellt wird, soll Abstand genommen werden.

Bürgerrechtsgesetz

Die Hauptversammlung hält eine Änderung des Bürgerrechtsgesetzes nicht mehr für erforderlich, nachdem das Gesetz vom 9. Jan. 1924 Gef. u. WBl. S. 3, die Einkaufsgelder dem Nuzungszweck angehängt und sowohl diese als auch die Antrittsgelder auf die Goldmark abgestellt hat.

Gebäudeversicherungsgesetz

Die Hauptversammlung hält an ihrer früheren Entscheidung fest, wendet sich demgemäß mit Entschiedenheit gegen die unangemessene Einführung von Gefahrenklassen und beantragt wiederholt eine ausreichende Vertretung der Verbandsgemeinden im Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt. Weiter wird die Ermäßigung der Gebäudeversicherungsumlage beantragt.

Fürsorgepflichtverordnung und Jugendwohlfahrtsgesetz

Die Hauptversammlung behauptet, daß den Gemeinden durch die Fürsorgepflichtverordnung und durch das Jugendwohlfahrtsgesetz trotz der sonst notwendigen Abbaumassnahmen umfangreiche Aufgaben und unerwünschte Lasten aufgelegt wurden, ohne daß die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt sind, und obwohl eine innere Verengung zur Abwicklung dieser Reichsaufgaben nicht vorliegt. Es wird erwartet, daß die maßgebenden Stellen wenigstens beim Vollzug die größtmögliche Einfachheit und Sparbarkeit walten lassen und auf die finanzielle Notlage der Gemeinden gebührende Rücksicht nehmen.

Verwaltungsreform

Die Hauptversammlung hält den Gedanken eines weiteren Ausbaues der Bezirksfürsorgeverwaltung für zweckmäßig, da nur auf diesem Wege eine gezielte Fortentwicklung möglich ist. Das Verwaltungsorgan hat sich dabei aus dem von den Gemeindevorstehern der Bezirksamter gewählten Vertrauensmännern zusammensetzen, die ihren Vorherrschen bestimmen. Zur Erfüllung größerer Aufgaben sind mindestens 4 Kreisverwaltungsorgane zu bilden.

Abbau in der öffentlichen Verwaltung

1. Die Hauptversammlung vermahnt sich dagegen, daß die Abbaumassnahmen sich fast ausschließlich auf Einrichtungen erstrecken, die der Landesbevölkerung zu Gute kommen. Sie behauptet daher die Aufhebung der Bezirksamter und wendet sich entschieden gegen die Aufhebung der örtlichen Grundbuchämter, der Steuerinnehmereien und der Postanstalten, sowie gegen die Verringerung der Finanzämter.

2. Auch die unterschiedliche Behandlung von Stadt und Land bei der Festsetzung der auf 1 Lehrjahr entfallenden Schülerzahl wird als mit der Grundforderung einer gleichmäßigen Schulausbildung in Widerspruch stehend und als ungerechte Behandlung der Landbevölkerung empfunden. Die Hauptversammlung fordert deshalb, daß die auf einen Lehrer entfallende höchzulässige Schülerzahl überall gleichmäßig auf 25 festgelegt wird.

Streunung

Die Beschränkung der Laubstreuung und der Streunung widerspricht den berechtigten Forderungen und Wünschen der Bewohner unserer Verbandsgemeinden und ist mit den Bestimmungen des Forstgesetzes nicht in Einklang zu bringen. Bei aller Rücksichtnahme auf die Nachhaltigkeit des Waldvertrages muß gefordert werden, daß die wirtschaftliche Verwertung nach wie vor den Gemeindevorstellungen überlassen bleibt, und daß unangelegte Eingriffe unterbleiben. Die Einräumung der Laubstreuung unter das Waldkapital, die Anrechnung der Streunung auf den Hieb und das Verlangen, diese Nutzung nur gegen bestimmtes Entgelt abzugeben ist ungesetzlich und kann deshalb nicht durch Verordnung geregelt werden.

Nachdem zum Schluß einige Satzungsänderungen vorgenommen waren, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Altbürgermeister Julius Ringolsheim, der das Amt des 1. Vorstehenden 4 Jahre hindurch versehen hat, teilte dabei mit, daß er zurücktreten müsse, da ihm sein Amt als Reichstagsabgeordneter zu sehr in Anspruch nehme. Es wurde so dann Altbürgermeister Julius Ringolsheim zum Ehrenpräsidenten, der bisherige 2. Vorstehende, Bürgermeister Wengels-Gernsbach, zum 1. Vorstehenden und Bürgermeister Ritter-Nothbach zum 2. Vorstehenden gewählt. In den Vorstand tritt fernerhin Bürgermeister Behrer-Friedrichsfeld ein, auf Grund der Wahl durch den Verbandsausführer. Damit war die große Tagesordnung erschöpft und Bürgermeister Wengels konnte nach fünfjähriger Vertretung die außerordentlich harmonisch und würdig verlaufene Versammlung, der im gemeinschaftlichen Leben unserer engen Heimat eine besondere Bedeutung zukommt, schließen.

Landwirtschaftliche Genossenschafts-Tagung

Aus den auf der Seidelberger Tagung erstatteten einzelnen Jahresberichten sei folgendes hervorgehoben:

Den Jahresbericht des Verbandes der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Karlsruhe erstattete Verbandsdirektor Schwen. Im Reich der Geldentwertung mußten zahlreiche Genossenschaften und Vereine ihre Tätigkeit übergehend einstellen. Die Stabilisierung der Mark brachte jedoch ein Aufleben der Vereine und überall setzte die genossenschaftliche Arbeit kräftig ein. Die Zahl der Mitglieds-genossenschaften hat sich von 1050 Genossenschaften und Vereinen auf 1205 erhöht. Die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, sowie die Getreidelagerhausgenossenschaften, die Molkerei- und Milchgenossenschaften, die Eierabgabegenossenschaften usw. haben ebenfalls den Lebensweg der deutschen Wirtschaft mitgehen müssen, prosperierten aber im allgemeinen gut und haben seit Festigung der Währung wesentlich bessere Verhältnisse schaffen können. Für die Winger-genossenschaften war das Jahr 1923 qualitativ sehr gut, quantitativ bescheiden. Die Tabakpflanzergenossenschaften konnten ihren Mitgliedern durchweg höhere Preise auszahlen als der einzelne erzielt hat. Die Dreifachgenossenschaften mußten im Berichtsjahr allgemein unter den landesüblichen Dreifacharbeiten. Für die Weidengenossenschaften war das Jahr 1923 unangenehm, da schon gegen Ende August das Vieh abgetrieben werden mußte. Die Kreditgenossenschaften, Spar- und Darlehensgenossenschaften durch Auflösung des Kreditverbandes Freiburg großen Zuwachs bekommen. Das Jahr 1924 wird das durch die Geldentwertung bestärkt wieder aufbauen müssen, um der Landwirtschaft den nötigen Kredit durch die Kreditgenossenschaften zu beschaffen. Die Revisionsabteilung des Verbandes hat im Kalenderjahr 1923 reichlich Arbeit gehabt und u. a. 615 Jahresrechnungen positiverweise geprüft. Die Bezirksleitungen in Konstanz, Radolfzell, Schopfheim, Müllheim, Schwetzingen und Mosbach haben sich gut bewährt, und die Beamten des Verbandes haben überall reichlich Gelegenheit zur Betätigung gefunden. Auch die Presseabteilung des Verbandes hat tüchtige Aufklärung und Beratungsarbeit durch Veröffentlichung der Tagespresse mit landwirtschaftlichen Artikeln, Berichten und Notizen aller Art geleistet. Die elektrotechnische Beratungsstelle und die Reichsschulabteilung wurden ebenfalls rege in Anspruch genommen. Nach einem Hinweis auf ausgedehnte Versicherungsarbeiten durch den Verband und individuelle Steuerberatung schließt der Jahresbericht mit einem Dank an alle mitarbeitenden Mitglieder, Beamten und Angestellten des Verbandes und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß weiter gute Arbeit im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Vaterlandes geleistet werden möge.

Dem Geschäftsbericht in der Generalversammlung der badischen Landwirtschaftsbank, e. G. m. b. H. in Karlsruhe, erstattete Direktor Kundel. Auch aus diesem Bericht ging hervor, daß das Jahr 1923 für das Genossenschaftswesen das allererschwerste war, daß jedoch die Mitglieds-genossenschaften sich zum großen Teil auf die schwierige Zeit eingestellt hatten und sich so halten konnten. Die Mitgliederzahl beträgt 1200 und setzt sich aus 826 Genossenschaften und 374 Einzelmitgliedern zusammen. Die Umsatzzahlen sind infolge der Entwertung nicht von Bedeutung. Der Reingewinn, der dem Reservefonds zugeführt wurde, beträgt 47 787,87 M. — Die Geschäftsanteile wurden auf 1000 Goldmark und die Cassumme pro Anteil auf 10 000 M. festgesetzt, wodurch das Fundament zur weiteren erfolgreichen Tätigkeit geschaffen ist.

Den Jahresbericht für 1923 des badischen Molkereiverbandes, e. B. in Karlsruhe, erstattete Dipl. Landwirt. Rechner. Auch hier wurden zunächst die wirtschaftlichen und politischen Bemerkungen der verflochtenen Zeit besprochen. Trotzdem sei die Zahl der Milchkuhe um rund 1500 Stück gegenüber 1922 gestiegen. An die Verbrauchsmunition überhand mit über 10 000 Einwohnern wurden täglich rund 84 000 Liter Milch aus badischen Überfließbezirken geliefert. Mit dem Reichsernährungsministerium wurde verschiedentlich wegen Aufhebung der Milchmischverordnung vom 30. April 1921 verhandelt und Einführung der freien Milchwirtschaft gefordert. Die badische Regierung habe für die Sicherstellung der Milchversorgung durch Tötung von Lieferungsverträgen Sorge getragen. Ein weiterer Abschnitt des Geschäftsberichts befaßte sich mit dem Willen des Landesmilchpreisausschusses, das nicht immer allen Wünschen gerecht wird. Infolge der Unmöglichkeit der schnellen Anpaßung des Milchpreises an die Geldentwertung hatten die Molkereien und Milchgenossenschaften schwer zu leiden, so daß es aller Anstrengungen der Verwaltung bedurfte, um die Mitglieder zusammenzuhalten. Das Jahr 1923 brachte einen Zugang von 2 Milchgenossenschaften und 3 landwirtschaftlichen Bezirksvereinigungen. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 1923: 202 Mitglieder. Die Vorname von ledigen Revisionen in den Molkereien wurde eifrig fortgesetzt, um etwa zu bestehende Mängel zu beseitigen. An die Wertverwertung des Verbandes wurden insgesamt 71 603 Pfund Butter und 16 752 Pfund Käse abgeliefert. Von 32 Milch- und Molkereigenossenschaften wurden im Geschäftsjahr 9 026 650 Liter Vollmilch angeliefert, wovon 6 590 667 Liter als Frischmilch an die Städte abgeführt, 2 388 229 Liter teils zu Butter und Käse verarbeitet wurden. Die Butterausbeute war eine gute. Insgesamt wurden von den Molkereien 195 905 Pfund Butter erzeugt.

Auch der Jahresbericht der badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Karlsruhe, trägt den Stempel der Geldentwertung, der Kriegs- und Nachkriegszeit mit allen Erscheinungen der Zwangswirtschaft. Die Lage war auch hier eine sehr schwierige. Im Speisefartoffelgeschäft konnten größere Verluste nicht vermieden werden, weil dessen Abwicklung in die Zeit der sprunghaften Inflation fiel. Für die Futter- und Düngemittelversorgung ergaben sich außerordentliche Schwierigkeiten infolge der Besetzung und der Geldentwertung. Die Umsätze blieben gegen das Vorjahr zurück, und erst mit dem Eintritt der Markstabilisierung setzte ein regeres Geschäft ein. Bezüglich des Getreidegeschäftes kann gesagt werden, daß die Ernte gut eingebracht werden konnte, daß aber die Preisbildung während der Inflation jetzt keinen genauen Überblick gewinnen läßt. Verringerungen traten ebenfalls mit der Festigkeit der Mark in die Erscheinung, obwohl alsdann die Markpreise durch die Auslands Konkurrenz schwächer gedrückt wurden. Bemerkenswert ist, daß während der Inflationszeit die Landwirtschaft selbst nur Ware abgab, wenn sie unbedingt Geld zur Bestreitung des Lebensunterhaltes, Bezahlung der Steuern usw. notwendig hatte. Die Abteilung Getreide hatte im Berichtsjahr einen Gesamtumsatz von 180 768 Zentnern. Die Nachfragen nach landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art waren außerordentlich groß, so daß das Netz von Maschinenlagern weiter ausgebaut werden mußte. Neuerrichtet wurden die Maschinenlager in Gallingen, Donauerschingen und Diersheim bei Hehl. Gegen Ende des Jahres ist mit der Stabilisierung der Währung auf diesem Gebiete eine Abflutung eingetreten. Die Abteilung Molkereiprodukte hat gut funktioniert und namhafte Erfolge erzielt. Den großen Städten konnten große Mengen Frischmilch zugeführt werden, doch war die Herannahme von Schwitzermilch unvermeidlich. Auch zur Deckung des Butter- und Käsebedarfs mußten große Mengen Auslandsware bezogen werden. Das Getreidegeschäft war gering. Vielfachen Wünschen entsprechend wurde in Hilzingen ein neues, modernes Lagerhaus insbesondere für den Getreideverkehr errich-

let. Weitere Zweigstellen wurden in Müllheim, Ettlingen und Wiesloch aufgemacht, die wie andere Zweigstellen wesentliche Dienste geleistet haben. Insgesamt besitzt die Hauptgenossenschaft auf eigenem Grund und Boden 7 und auf Bahngrund 11 große Lagerhäuser, daneben 15 Mietslager; zusammen mit den 27 genossenschaftlichen Lagerhäusern arbeiten also im Verbands zusammen 60 Lagerhäuser, Läger und zahlreiche Verkaufsstellen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Gebäudejondersteuergesetz

Seit Dienstag wird es im Haushaltsausschuß beraten; es beansprucht zu seiner Erledigung erhebliche Zeit und die Generaldebatte hierüber währte fast zwei Tage. Berichterstatter war Abg. Rückert, der sich eingehend über die Bedeutung und über die Einwirkung auf die Gestaltung der Mietpreise äußerte. Der Zentrumsredner äußerte sich wie folgt: Der Hausbesitz sei nicht mehr vollwertig, sondern heruntergewirtschaftet. Der Gesetzentwurf widerspreche dem steuerpolitischen Ziel, das Steuerhohem zu vereinfachen und die Zahl der Steuern auf wenige große zu beschränken. Man habe es jetzt mit einer neu angetragenen Wohnungsabgabe zu tun. Die Berücksichtigung der sozialen Momente sei kaum möglich; der Steuerfuß sei reichlich hoch. Man müsse drei Wege prüfen: erstens ein neues Gesetz, zweitens den Weg der Vorlage, drittens die Vereinigung beider Wege. Dabei sei besonders Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft geboten, die bereits 50—60 Prozent des Reinertrages an Steuern bezahlen müsse.

Von demokratischer Seite wurde angeregt, keine neue Steuer einzuführen, sondern Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer zu machen.

Der deutschliberale Redner erklärte: Die Steuer stehe im engsten Zusammenhange mit dem Mietwesen. Es müßten im Gesetz Sicherungen getroffen werden, daß die allmähliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hausbesitzer nicht unterbunden und die notwendigen Einnahmen aus der Miete möglich wären. Ferner müßte die Frage der steuerlichen Behandlungen des unbebauten Grundbesitzes geprüft werden, da es dem Sinne der dritten Steuernotverordnung entspräche, den landwirtschaftlichen Besitz nicht durch eine Steuer auf den bebauten, sondern auf den unbebauten Grundbesitz heranzuziehen. Im ganzen würde der Gesetzentwurf noch wesentliche Änderungen und Sicherungen erfordern.

Der Landbund lehnte die Steuer als nicht mehr tragbar ab. Man brauche die Bruttoeinnahmen von drei bis vier landwirtschaftlichen Betrieben, um nur das Einkommen eines höheren Beamten zu erzielen.

Der Sprecher der Wirtschaftlichen Vereinigung verlangte von der Regierung Material über die finanzielle Wirkung der verschiedenen möglichen Wege. Die im Regierungsentwurf vorgesehene Freigrenze der Gebäude im Werte bis zu 3000 Mark müsse herabgesetzt werden, da dadurch etwa 25 Prozent der Gebäude auf dem Lande freibleiben würden. Es müsse durchgeführt werden, die in § 33 der dritten Steuernotverordnung erwähnte Steuer auf den unbebauten Grundbesitz, ferner die Steuer auf Inflationsgewinn aus Holzkäufen nach § 37 der dritten Steuernotverordnung. Der Anteil der Gemeinden gegenüber dem des Landes müsse erhöht werden. Von dem Ertrag der Steuern müsse mindestens ein Viertel dem Wohnungsbau zugeführt werden. Die Forderung der Städte, die Miete auf 70 Prozent zu steigern, sei abzulehnen. Die Stellungnahme seiner Partei zum Gesetzentwurf hänge von der Erfüllung dieser Forderung ab.

Der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung bezeichnete die Steuer als nur tragbar, wenn sie auf den unbedienten Wertzuwachs beschränkt bleibe. Sonst ist sie eine Sondersteuer auf den Grundbesitz, die wie jede Sondersteuer abzulehnen sei. Er habe von jeder die Ansicht vertreten, daß eine Belastung in der Übergangszeit unvermeidlich sei. Es sei nicht richtig, daß alle nach dem 1. Januar 1919 zurückbezahlten Hypotheken mit dem entwerteten Gelde zurückbezahlt worden seien, da damals zwar die Summe geringer, aber die Kaufkraft des Geldes größer gewesen sei. In den letzten Jahren seien keine Reparaturen gemacht worden. Man könne dem Gedanken einer Besteuerung des Hausbesitzes zustimmen unter der Bedingung, daß die Besteuerung des Geldwertverwertungsgevinne nur vorübergehend sei, daß im Haus angelegte eigene Kapital eine Rente abwerfe und dem herabgewirtschafteten Zustande der Häuser Rechnung getragen werde.

Unschädlige Kritik

Das deutschnationale „Karlsruher Volksblatt“ teilt in seiner Nr. 97 vom 4. ds. Mts. mit, der von dem 11er Regimentsverein für Pfingsten nach Rastatt einberufene Regimentsstag bekomme vom Ministerium des Innern Schwierigkeiten gemacht. Einem sozialdemokratischen Gesangsverein in Rastatt sei es gestattet worden, unter freiem Himmel Massenspiele abzuhalten und einen Festzug auszuführen. Der Regimentsverein aber werde diskantiert, weil der Minister des Innern Regimentsstage mit schlechten Augen ansehe.

Wenn der Schreiber dieser Zeilen und wenn der Herr Reichstagsabgeordnete Hanemann, welcher zu dieser An gelegenheit gegen die Landesregierungen eine recht unsachliche Bemerkung gemacht hat, den Badischen Staatsangehörigen und entsprechende Presseberichte über diese Angelegenheit aufmerksam gelesen haben würden, dann müßten sie wohl wissen, daß Sport- und Gesangsvereine jeder Richtung in altgewohnter Weise ihre Sommerfestlichkeiten abhalten dürfen. Die Bezirksämter haben le-

diglich die Pflicht, zu prüfen, ob derartige Veranstaltungen einen politischen Charakter annehmen können. Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Umzügen ist von der Reichsregierung erlassen; im Sinne der Reichsregierung richtet sich dieses Verbot gegen Veranstaltungen mit politischer Tendenz oder gegen solche Veranstaltungen, die ihrer Natur nach Anlaß zu Störungen und Zusammenstößen geben können. Von dem Versammlungsverbot sind alle politischen Parteien betroffen, so daß der Regierung des Landes keine Möglichkeit zur willkürlichen Auslegung desselben bleibt. Im Gegenteil, das Ministerium des Innern bemüht sich, in jedem einzelnen Falle in durchaus korrekter Weise zu prüfen, inwiefern den Ansprüchen der Veranstalter von Volksfesten entgegenkommen werden kann.

Um das Arbeitsministerium

Eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Städtevertreter, welche am Sonntag in Karlsruhe tagte, hat folgende Entschlüsse angenommen:

„Die am 1. Juni in Karlsruhe im „Friedrichshof“ tagende Konferenz sozialdemokratischer Städtevertreter wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den geplanten Abbau des Bad. Arbeitsministeriums. Gerade die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ihren Arbeitskämpfen und vielfältigen sozialpolitischen Aufgaben erfordert mehr denn je das Arbeitsministerium als zentrale sozialpolitische Landesbehörde. Die verschiedenen bürgerlichen Anträge und Versuche auf Abbau des Arbeitsministeriums sind deutlich erkennbare Vorstöße der sozialpolitischen Reaktion und ein Schlag ins Gesicht der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft. Auch die Städte haben das größte Interesse an der Behandlung und Wahrung der sozialpolitischen u. arbeitsrechtlichen Belange durch das Arbeitsministerium. Die Konferenz erachtet die sozialdemokratische Landtagsfraktion, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diesen sozialpolitischen Rückschritt zu verhindern. Auf keinen Fall darf es sich unter Mitwirkung oder Zustimmung unseiner Landtagsfraktion vollziehen.“

Der Bad. Landbund

hatte am letzten Sonntag hier seine Tagung, die aus dem ganzen Land gut besucht war. Der 1. Vorsitzende Landtagsabg. Gebhardt, gab zunächst eine allgemeine Übersicht über die Lage der Landwirtschaft und die Stellung des Landbundes dazu. Abg. Hertle berichtete über die Tätigkeit des Landbundes im Landtag, Klavier über Landwirtschaftskammer und Landbund, während Abg. Fischer-Meißheim die den Reichstag beherrschenden Fragen behandelte. Auch der neuernannte Reichstagsabgeordnete Jullier, sowie der Direktor des Reichslandbundes, Major a. D. Kringsheim ergriffen das Wort. Direktor Jullier gab den Geschäftsbericht und teilte verschiedene Entschlüsse mit, die einstimmig angenommen wurden. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Der „Badische Beobachter“ schreibt über die politische Bedeutung der Tagung: „Politisch wurde der Abg. Hertle, als er ausführte, die bürgerlichen Parteien hätten sich vom marxistischen System ins Schlepptau nehmen lassen. Man braucht diesen alten Ladehüter selbstverständlich nicht ernst nehmen. Der Abg. Hertle wäre in arger Verlegenheit, wenn er diese Behauptung vor dem Landtag zu vertreten hätte, wo man ihn z. B. darauf aufmerksam machen würde, daß der Landbundesabgeordnete Hojin eine Schwäche für die Kommunisten hat und die Kommunisten bekanntlich große Hoffnungen auf den Landbund setzen. Man darf nur an die kommunistischen Unruhen im Oberland denken. In einer Entschlüsse wird die Bildung eines christlich-nationalen Blocks für Baden gefordert. Schon Gebhardt hatte betont, der Landbund habe es sich zur Aufgabe gemacht, alle Kräfte zu sammeln, um dem deutschen Volke seine Lebensbedingungen zu verschaffen. Deshalb hat der Landbund in Baden wohl bei den letzten Reichstagswahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten die Wählerchaft noch mehr gesplittert! Worte sind leicht gesprochen; aber die Taten stehen mit den Worten in Widerspruch. Der Landbund ist nach seinem ganzen Gebaren am allerwenigsten geeignet, die Parteien zu sammeln; er splittert vielmehr in der Tat und zwar wirtschaftlich und politisch. Schließlich wurde noch folgende Entschlüsse angenommen:

„Der Bad. Landbund bringt mit seinen Forderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gleichzeitig zum Ausdruck, daß er insbesondere auch mit der Regierungsführung in Baden nicht einverstanden ist. Der Bad. Landbund hat zur badischen Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung kein Vertrauen. Im Sinne des zur politischen Lage geforderten christlich-nationalen Blocks strebt der Bad. Landbund auch für Baden eine Umbildung der Regierung an.“

Das ist ein Mißtrauensvotum gegen die badische Regierung. Wir finden indes, daß auch hier mehr Geschrei als Wille dahinter ist. Der Grund des Mißtrauensvotums liegt mehr in dem unzulänglichen Wirken des Landbundes als in dem Verhalten der Regierung. Was übrigens der Landbund bei den Reichstagswahlen von den Landwirten erhalten hat, ist sicher kein glänzendes Vertrauensvotum. Und das christlich-nationale Wirken des Landbundes droben in der Bonndorfer Gegend ist zu bekannt, als daß es sich lohnte, darüber noch weiteres zu sagen. Das Mißtrauensvotum des Landbundes wird natürlich keine weiteren Folgen haben. Die Landwirtschaft hat positive Leistungen nötig, mit einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung ist niemand gebietet, am allerwenigsten der Landwirtschaft.“

Neue Schritte zum Durchbau der Murgbahn

In den vor einiger Zeit in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten wurde die Durchführung der Murgbahn auf dem noch fehlenden nur einige Kilometer langen Stück von Raumünzach nach Klosterreichenbach, wodurch eine einer natürlichen Flußlinie folgende wertvolle Verbindung Mannheim—Karlsruhe—Freudenstadt—Kaufach (Schwarzwaldbahn) einerseits und Freudenstadt—Rottweil (Redartal) andererseits geschaffen würde, als zunächst nicht möglich bezeichnet und als etwa mögliche Zeit für den Bau die Frist von zwei Jahren angegeben. Den Blättern wird hierzu geschrieben: Nachdem das Fehlen des anzubauenden Stückes die Bewältigung des durch die Besetzung Offenburgs und die Abschneidung des Eisenbahnverkehrs bedingten Umleitungsverkehrs wesentlich erschwert und auf weitere Umwege verwiesen hatte, findet das abermalige Ainausschreiben des Bundes der wenigen Kilometer in den betroffenen Gebieten Badens und Württembergs wenig Verständnis, da es immerhin an Hand bisheriger Erfahrungen für möglich gehalten werden muß, daß bei irgend einem Anlaß wiederum eine Sperrung der Hauptlinie in Baden durch die Besetzung vorgenommen wird. Man würde dann abermals vor der im Februar vergangenen Jahres geschaffenen Zwangslage stehen, Umleitungen vorzunehmen und wieder würde dann als wichtige Vermittlungslinie die Murgbahn fehlen, die immerhin einen erheblichen Teil des Personenverkehrs aufnehmen könnte, so gut wie sie jetzt schon auf den beiden Rumpfstücken Rastatt—Raumünzach und Freudenstadt—Klosterreichenbach großen Verkehr zu bewältigen und Verkehrsstöbe auszuhalten hat, die trotz der zwi-

Wenigstens Zahnradtrappe vor Freudenstadt bewilligt werden. Man wird ja wohl an den Leistungen der Zahnradtrappe im Hölental im zehnmotorigen Umlenkungsverkehr sich andere Urteile über die Leistungsfähigkeit solcher früher mit Sorge betrachteten Strecken im Hauptverkehr gebildet haben und wird darum die Zahnradtrappe im Murgtal nicht mehr als Argument verwenden können.

In badisch-württembergischen Kreisen ist man nach den großen, durch den Umlenkungsverkehr erlittenen Schädigungen nicht willens, die abermalige Verschiebung des Ausbaues der Murgtalbahn so ohne weiteres hinzunehmen, sondern wird vielmehr schon in aller nächster Zeit eine neue Bewegung für die alsbaldige Durchführung der Arbeiten einleiten. Es ist zu diesem Zweck eine Besprechung weitestgehend aus Baden und Württemberg für die Mitte Juni vorgesehen, die in Freudenstadt stattfinden und sich eingehend mit der Frage beschäftigen soll. An der Frage ist über den Bahnbetrieb hinaus die ganze Murgtalstrecke von Frankfurt bis Freiburg-Basel und bis Konstanz-Bodensee interessiert.

Die Neuordnung beim kath. Oberstiftungsrat
Zur Neuordnung beim katholischen Oberstiftungsrat teilt der „Bad. Beobachter“ mit, daß als neuer Leiter der Geschäfte von dem zuständigen Staatsministerium und den kirchlichen Stellen Geheimrat Finanzrat Landtagsabgeordneter Dr. Schmitt ernannt worden ist. Das langjährige Kollegialmitglied des katholischen Oberstiftungsrates, Geheimrat Finanzrat Seeger, ist in den Ruhestand getreten. Fast 30 Jahre hindurch war Geheimrat Seeger beim Oberstiftungsrat tätig und führte seit dem Weggang des Präsidenten Dr. Stael die Geschäfte des Oberstiftungsrates.

Kommunale Rundschau

Wieviel Großstädte gibt es?

Die in den meisten Ländern in aller Welt nahe vor oder nach dem Anfange dieses Jahrzehnts vorgenommenen Volkszählungen ermöglichen die Ermittlung der auf unserem Planeten überhaupt vorhandenen Großstädte in ihrer neuesten zwischenstaatlichen Gliederung.

An der Spitze der 64 Länder, die mindestens eine Stadt mit über 100 000 Einwohnern aufweisen, stehen nach einer Zusammenstellung von Prof. Dr. Heinrich Silbergleit die Vereinigten Staaten mit nicht weniger als 68 Großstädten, dann folgen Großbritannien und Irland mit 51 und es schließen an: Deutschland mit 42, Britisch-Indien mit 33, Japan u. Italien je 16, China, Frankreich u. das europ. Rußland je 15, Spanien 9, das asiatische Rußland 7, Polen, Kanada und Brasilien je 6, Argentinien und Australien je 5, Schweiz, Belgien und Niederlande je 4, Schweden, Ungarn, Jugoslawien, Griechenland, Südafrika, Mexiko, Neuseeland und Niederländisch-Indien je 3. Von den noch verbleibenden Ländern entfallen 11 auf die mit 2, 25 auf die mit nur einer Großstadt.

Bei der Gliederung nach Erdteilen kommen auf Europa 196, auf Nord- und Südamerika 98, auf Asien 85, auf Ozeanien 12, auf Afrika 10, so daß die Gesamtzahl der Großstädte sich auf 401 beläuft!

Von besonderem Interesse ist die Feststellung der Weltstädte, für welche hier die untere Grenze bei 1 Million ziehen wollen. Auch hier wird die Reihe von den Vereinigten Staaten eröffnet: New York 5,6, dann London 4,5, Berlin 4,0, in größerem Abstände folgt Paris 2,9, weiter Chicago 2,7, Tokio 2,2, Wien und Philadelphia 1,8, Buenos Aires 1,7, Hankau und Osaka 1,3, Konstantinopel, Bombay und Rio de Janeiro 1,2, Glasgow, Moskau und Schanghai 1,0 Million, sodas die Gesamtzahl der Weltstädte sich auf 17 beläuft, in denen nicht weniger als 36 Millionen Menschen wohnen. Die drei Weltstädte der Vereinigten Staaten New York, Chicago und Philadelphia zählen allein über 10 Millionen Einwohner.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	5. Juni		4. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 565 100	1 572 900 ¹⁰⁰	1 565 100	1 572 900 ¹⁰⁰
Kopenhagen	705 700	709 200 ¹⁰⁰	705 700	709 200 ¹⁰⁰
Italien	181 750	182 750 ¹⁰⁰	181 750	182 750 ¹⁰⁰
London	18 055 000	18 145 000 ¹⁰⁰	18 155 000	18 245 000 ¹⁰⁰
New York	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰
Paris	209 000	210 000 ¹⁰⁰	215 500	216 500 ¹⁰⁰
Schweiz	735 200	738 800 ¹⁰⁰	735 700	739 300 ¹⁰⁰
Prag	122 200	123 800 ¹⁰⁰	122 450	123 005 ¹⁰⁰
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 ¹⁰⁰	58 900	59 100 ¹⁰⁰

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Aus der Landeshauptstadt

Der Badische Landesverband des Deutschen Rentnerbundes faßt auf seiner kürzlich in Karlsruhe stattgefundenen Tagung eine Entschliebung, worin die alsbaldige Revision der dritten Steuernotverordnung im Sinne einer günstigeren Gestaltung der Aufwertungsbestimmungen gefordert wird. Man weist darauf hin, daß durch eine teilweise Wiederherstellung der individuellen Kapitalkraft der Kreis der Hilfsbedürftigen wesentlich verkleinert würde.

Berein Creditreform e. B. Karlsruhe. Am 30. Mai d. J. fand eine ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Franz Fischer gab zu Punkt 1 der Tagesordnung bekannt, daß an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Kastner, Herr Hermann Sauer, der zugleich Geschäftsführer des Vereins Creditreform Mannheim ist, mit der Führung der Vereinsgeschäfte beauftragt wurde. Er machte die Anwesenden gleichzeitig mit dem stellvertretenden Geschäftsführer, Herrn Philipp Stumpf, bekannt. Infolge der Inflationszeit mußte man bedeutende Privatmittel aufwenden, um die Vereinseinrichtungen den Mitgliedern zu erhalten. Rechtsanwalt Otto Weil sprach dann über die dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 (Hypothekenaufwertung) und über einige andere neue Gesetze. Am 30. Mai fand eine rege Aussprache. Der sachgemäß ausscheidende Vorstand, bestehend aus den Herren Franz Fischer, Baumann u. Rechtsanwalt Otto Weil, wurde einstimmig wiedergewählt.

Ergänzung des Tierbestandes im Stadtpark. Unser Stadtpark gewinnt sich in allen Kreisen immer neue Freunde und Bewunderer; seine landschaftlichen Reize und gartenkünstlerischen Schönheiten erfreuen Auge und Herz des Besuchenden. Mit besonderer Genugtuung wird deshalb die Bemühung der Stadtverwaltung begrüßt werden, den Tiergarten in seinem Bestande zu vervollkommen. Die ungünstigen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit haben im Tierbestande bedauerliche Lücken entstehen lassen, die jetzt wieder ausgefüllt werden sollen. Eine Anzahl neuer Bewohner sind dieser Tage schon im Tiergarten eingetroffen: 4 Flamingos, 2 Seelöwen, 10 Meerkatzen und 2 Leoparden.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Heidelberg, 4. Juni. Vier zurzeit vom Schöffengericht wegen ihrer Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei zu je drei Monaten Gefängnis verurteilte junge Leute wurden von der Strafkammer als Verurteilungsinflanz freigesprochen. Nach Ansicht des Gerichts sei es nicht festzustellen, daß die Angeklagten ihre Ziele auf ungesetzlichem Wege verwirklichen wollten.

DZ. Oberweiler, 4. Juni. Die Arbeiterpensionskasse V der deutschen Reichsbahn hat von den Erben des Sägmüllers Engler die Sägmühle auf dem Sägebühl für 45 000 Goldmark erworben, ein Kauf, der mit den kürzlich erworbenen Nachbarmöwen eine wesentliche Verstärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Eisenbahnergenossenschafts bedeutet.

DZ. Offenburg, 4. Juni. Von der Offenburger Polizei wurde vor einiger Zeit mitgeteilt, daß die gegenwärtige Polizei der ausgewiesenen früheren wieder Platz machen würde. Dieser Wechsel konnte bis jetzt nicht erfolgen, weil die alten Polizisten, die verheiratet sind, wo es scheint nur eine Reiseerlaubnis bekommen, wenn die Stadt ihnen die nötigen Wohnungen zur Verfügung stellt, was natürlich unmöglich ist. Andererseits werden die beschlagnahmten Wohnungen noch nicht freigegeben.

DZ. Freiburg, 4. Juni. Anlässlich des 70. Geburtstages des Oberbürgermeisters a. D. Dr. Thoma hat auch der Senatspräsident namens der badischen Regierung dem Jubilar seine Glückwünsche ausgesprochen.

DZ. Konstanz, 3. Juni. Vor der großen Strafkammer wurde als Verurteilungsinflanz der wegen räuberischer Erpressung angeklagte Schreiner Josef Marschall von Forzheim zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Verwerfung seiner Berufung verurteilt. Marschall hatte, als Mitglied des kommunistischen Aktionsausschusses von Friedrichshafen im Herbst vergangenen Jahres mehrere große Bauernhöfe im Orte Pfundendorf heimlich, wo er angeblich nach Maschinen gewehret wurde und die Bewohner bedrohte.

Verschiedenes

Das Amerika-Zeppelin-Luftschiff

Ueber die Probefahrten des in Friedrichshafen für Amerika erbauten Luftschiffes werden immer wieder Mitteilungen verbreitet, die den ersten Aufstieg in nahe Aussicht stellen. Wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, ist der Bau des Luftschiffes (70 000 Kubikmeter fassend, Z.N. III, Baumnummer 126) schon seit Monaten beendet. Mit einem der wichtigsten Teile des

Luftschiffes aber sind die Motoren. Begreiflicherweise dauern nun die Versuche mit den neuen direkt umsteuerbaren Maybachmotoren länger als sonst es üblich war und diese sind noch nicht abgeschlossen. Das Luftschiff hat eine drei bis vier Tage dauernde Ozeanüberquerung zu leisten, während welcher Zeit keine schützende Halle erreicht werden kann, sondern es diese Strecke durchhalten muß. An diesem Durchhalten hängt das Leben der Besatzung, vor allem aber die Leistungsfähigkeit des Zeppelintyps für den internationalen Schnellverkehr. Denn die großen Leistungen der Zeppelinschiffe während des Krieges fanden unter anderen Vorbedingungen statt, konnten auch nicht aller Welt bekannt gemacht werden.

Wenn auch das Programm für die Probefahrten noch nicht feststeht, so ist es doch wahrscheinlich, daß eine dieser Fahrten von Friedrichshafen bis an die deutschen Küsten ausgedehnt werden wird, so daß dies neueste Zeppelin-Luftschiff vor seiner Ozeanfahrt an vielen Orten unserer deutschen Küsten während der Fahrt (ein Luftschiff fährt, ein Flugzeug fliegt; diese beiden Begriffe werden immer verwechselt) beobachtet werden kann. Bei den Probefahrten über Deutschland ist eine Zwischenlandung nirgends vorgesehen. — Mit Rücksicht auf das sehr umfangreiche Versuchsprogramm der Werk wird die Teilnahme von nicht dienstlich beteiligten Personen auf ein Minimum beschränkt. Es muß bei den wenigen Probefahrten unter deutscher Führung dem Techniker und dem Wissenschaftler in erster Linie die Möglichkeit zu Studien und Untersuchungen gegeben werden.

Nachfrage zum „Fall Bergdoll“

Durch eine amtliche Mitteilung des amerikanischen Kriegsministeriums wird jetzt bekannt, daß die beiden Amerikaner, die feinerzeit verhaftet wurden, die Deutschamerikaner Bergdoll in Oberbach zu entführen, um ihn in die Gewalt der amerikanischen Behörden zu bringen, Angestellte der Kriminalabteilung beim amerikanischen Botschaftsamt in Deutschland sind. Das Kriegsministerium verlangt jetzt vom Kongreß die Bewilligung von 200 000 Dollars (!) als Entschädigung für zwei deutsche junge Mädchen, die damals in Bergdolls Botschaft waren und bei der verübten Entführung durch Schüsse verletzt worden sind.

Die „Lobesstrahlen“

Der Erfinder der „Lobesstrahlen“, Grindel Mathews hat sich bekanntlich nach Ablehnung des völlig unzureichenden Angebots des englischen Luftministeriums wieder nach Paris gewendet, um seine Unterhandlungen mit einer französischen Firma in Lyon fortzusetzen. Mathews befindet sich zur Zeit noch in Paris. Es verlautet, daß drei englische Industrielle in Paris angekommen sind, und dem Erfinder ein neues Angebot machen wollen, um die neue Erfindung für England zu erwerben. Das Angebot besteht in der Gründung einer Privatgesellschaft mit einem garantierten Kapital von 350 000 Pfund, d. h. annähernd 28 Millionen Franken, während das ursprüngliche Angebot der französischen Firma in Lyon sich nur auf 3 Millionen Franken belief.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

— vom 3. Juni 1924 —

Die Aufhebung von Bezirksstellen

In Abänderung der Ziffer 5 der Bekanntmachung vom 1. April 1924 (Staatsanzeiger Nr. 81) werden die Gemeinden Amrischweid, Hörschweid, Hoch, Immeneich, Schlapeten, Tiefenbüsch, Herber, Biffingen, Bittensweid und Wollpadingen dem Dienstbezirk des Bezirksarztes in Waldshut zugeteilt.

Karlsruhe, den 3. Juni 1924.
Der Minister des Innern
Remmele

Bekanntmachung

Mit der Entschliebung vom 13. März 1924 Nr. 18693 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gem. Ratung Weitenau mit der Gemeinde Forzheim (Amtsbezirk Buchen) auf Grund des § 105 Absatz 1 der Gemeindeordnung angeordnet. Die Anordnung ist rechtskräftig.

Karlsruhe, den 3. Juni 1924.
Der Minister des Innern
Remmele

An die Stelle des verstorbenen Landesbahnratsmitgliedes, Herrn Ehrenoberrichters Wagner in Forzheim tritt für den Rest des Wahlzeitraumes der bisherige Stellvertreter Herr Ernst Blum, Schlossermeister in Karlsruhe, u. z. Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe. Als Stellvertreter für Herrn Blum wurde Herr Gustav Wöhr in Forzheim, Schreinermeister, Handwerkskammer- und Vorstandsmittelglied von der Handwerkskammer gewählt.

Karlsruhe, 3. Juni 1924.
Der Präsident der Reichsbahndirektion.
Bitterich

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Am 3. Juni in der ersten Morgenstunde erlag im blühenden Alter von 26 Jahren den Folgen einer schweren Halsentzündung im Krankenhaus Villingen unser einziger, lieber, braver Sohn, Bruder und Schwager

Hans Eschbacher

Diplom-Ingenieur, Leutnant a. D.

z. Zt. Lehrer an der Gewerbeschule Villingen.

Beerdigung findet in der Stille statt.

Freiburg, den 4. Juni 1924. D.376

In namenlosem Schmerz:

Familie Oberstaatsanwalt Franz Eschbacher.

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Badisches Landestheater Karlsruhe.

Richard Strauß - Festwoche

Freitag, den 6., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.—)

V. Abend: Die Josephslegende. Vorher: Couperin-Tanzsuite. Leitung: Der Komponist. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301—500.

Samstag, den 7., abends 7 Uhr: (Sp. I 5.40*)

VI. Abend: Neueinstudiert: Elektra. (Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601—1900, 2501—2600.)

Bad. höhere techn. Lehranstalt Karlsruhe

Moltkestraße 9.

Das Winter-Semester 1924/25 des Staatstechnikums beginnt mit dem Unterricht am D.371

Mittwoch, den 15. Oktober 1924, vorm. 8 Uhr.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 13. und 14. Oktober statt. Die Prüflinge werden besonders benachrichtigt.

Die Anmeldungen sind längstens am 15. Juli 1924 einzureichen. Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen eine Gebühr von 50 Pfg. zugänglich Porto zu beziehen ist.

D.370

Die Direktion.

Verhängung der Wausperre betr.

Auf Antrag des Stadtrats wird über den durch die Jollb., Boedh., Moon- und Hirschtzige begrenzten Baublock die Wausperre verhängt.

Karlsruhe, den 3. Juni 1924. D.3.67

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Badisches Bezirksamt III.

Konkursverfugung.

31.617. Etilingen. Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Wadin in Etilingen wurde heute am 2. Juni 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.

Der Rechtsanwalt Dr. Dieffenhaller in Etilingen wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Juni 1924 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintrittendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, 1. Juli 1924, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den

Konkursverwalter zu übergeben.

Etilingen, 2. Juni 1924.

Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

W.629. Mosbach. Durch Beschluß vom 16. April 1924 wurde der am 30. Januar 1898 zu Mittelschleffenz geborene Tagelöhner Willi Bremmer wegen Verschwendung entmündigt.

Mosbach, 27. Mai 1924.

Bad. Amtsgericht.

Die Stelle des Kreisobstbauinspektors

für den Kreis Mannheim ist neu zu besetzen. Besetzung nach den Vorschriften der Reichsbefolgebungsordnung. Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung wird zugesichert. Wohnung nebst Gartenbenützung vorhanden. Bewerbungen wollen

unter Angabe der persönlichen Verhältnisse, der Ausbildung, der bisherigen Tätigkeit sowie der Gehaltsansprüche bis spätestens 1. Juli hierher eingereicht werden.

W.628

Der Kreisrat des Kreises Mannheim.

Neueinteilung der Raminlegerbezirke betr.

Die durch Tod freigebliebene Raminlegerstelle Neckargemünd wird zur Verweigerung ausgeschleichen gemäß § 5 der Verordnung vom 29. Dezember 1921.

Bewerbungen sind binnen 4 Wochen beim Bezirksamt Heidelberg einzureichen.

Heidelberg, 30. Mai 1924.

Badisches Bezirksamt.

Wir vergeben die Lieferung von 1000 qm Granitvorarbeiten u. 100 qm Granitarbeiten aus Granit. Angebote mit Bedingungen bei uns erhältlich gegen Erfab der Selbstkosten. Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis Mittwoch, den 11. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen.

W.621

Villingen, 2. Juni 1924.

Bahnbaupflicht.